

Wahlprüfstein Lesben- und Schwulenverband Schleswig-Holstein e.V.

Antworten der FDP Schleswig-Holstein

Frage 1: LSBTIQ*-feindlicher Hasskriminalität entgegenwirken.

Welche Maßnahmen planen Sie, damit Polizei/Staatsanwaltschaften queerfeindliche Gewalt besser erkennen, aufklären und Betroffene schützen können? (Landesweite Einrichtung von AP LSBTIQ* bei Polizei / Staatsanwaltschaften / Bund-Länder-Programm)

Wir Freie Demokraten treten für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder unabhängig von Herkunft, Aussehen, Religion oder politischen Ansichten frei leben und sich frei äußern kann. Menschenrechte, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind für unser Zusammenleben unverzichtbar. Wir Freie Demokraten machen uns daher stark für unsere freiheitliche Gesellschaft und gegen Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und Homophobie. Wir werden daher gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfassend bekämpfen, unabhängig von der genauen Ausprägung. Daher werden wir uns unter anderem für eine bundesweit einheitliche Erfassung LSBTIQ*-feindlicher Straftaten durch die Polizei und für einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit einsetzen, der Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt wirksam entgegnet werden soll, unter anderem durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Polizei und Justiz.

Frage 2: Aktionsplan weiterentwickeln und finanziell untersetzen.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten „Echte Vielfalt“ auskömmlich finanziert, im Haushalt untersetzt, weiterentwickelt sowie die Geschäftsstelle bedarfsgerecht ausfinanziert wird?

Im Rahmen des Aktionsplans "Echte Vielfalt" finden jedes Jahr viele Maßnahmen statt, die wir Freie Demokraten unterstützen. Insbesondere unser Landesvorsitzender und Sozialminister Dr. Heiner Garg sorgt mit großem Einsatz für die Umsetzung vielfältiger Projekte und eine bessere Wahrnehmung. Diese Arbeit wollen wir gemeinsam mit der Community und verschiedenen NGOs fortführen und für eine bedarfsgerechte Finanzierung sorgen, sodass Vielfalt im Alltag gelebte Normalität wird.

Frage 3: Regenbogenfamilien stärken.

Wie wollen Sie Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans* oder inter* Eltern) stärken, niedrigschwellige Beratungsangebote schaffen und Jugendämter sowie die Strukturen der Frühen Hilfen sensibilisieren?

Wir wollen im Land Strukturen schaffen, damit sich alle Menschen im Land wohl fühlen und frei leben können. Daher werden wir die Bundesregierung bei der geplanten Modernisierung des Familienrechts unterstützen, sodass zukünftig auch Mehrelternschaften anerkannt werden. Zudem sind wir für die Einführung der Verantwortungsgemeinschaft, damit es auch jenseits klassischer Lebensmodelle ermöglicht wird, rechtssicher füreinander Verantwortung zu übernehmen. Außerdem unterstützen wir auf Bundesebene vorgesehene Maßnahmen wie zum Beispiel ein Diskriminierungsverbot beim Adoptionsrecht. Bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden besonders auch Regenbogenfamilien im Blick haben.

Frage 4: Regenbogenkompetenz in der Jugendarbeit.

Wie wollen Sie die Regenbogenkompetenz (professioneller u. diskriminierungsfreier Umgang) in den Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sowie -hilfe erhöhen und dafür sorgen, dass das Thema in die Aus- und Fortbildung von Fachkräften aufgenommen wird?

Der Umgang mit Kindern und Jugendlichen muss selbstverständlich jederzeit diskriminierungsfrei erfolgen. Wir werden daher weiterhin dafür sorgen, dass die Fachkräfte bei Aus-, Fort- und Weiterbildung auch im Umgang mit sexueller Vielfalt umfassend geschult werden.

Frage 5: Diskriminierungsschutz ausbauen, Vielfalt fördern.

Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesverfassung LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltet, ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg gebracht und LSBTIQ* im NDR-Rundfunkrat Sitz und Stimme bekommen?

Wir unterstützen den Bund bei der Erweiterung des Art. 3 Absatz 3 Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Identität. Eine gesonderte Regelung auf Landesebene halten wir daher für nicht erforderlich. Ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das durch eine Beweislastumkehr insbesondere die Polizeiarbeit bürokratisch erschwert und Polizeibeamte, die für unsere Sicherheit sorgen, unter Generalverdacht stellt, lehnen wir aber ab. Wir setzen uns für eine ausreichende Diversität und Qualität im NDR-Rundfunkrat und im Medienrat Hamburg-Schleswig-Holstein ein, um zum Beispiel auch die ausreichende Repräsentanz von LSBTIQ zu gewährleisten.

Frage 6: Respekt in Bildung vermitteln – Vielfalt im Unterricht sichtbar machen.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Schulgesetz und die Lehrpläne LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltet werden, die Regenbogenkompetenz der Lehrkräfte erhöht wird und Schulaufklärungsprojekte flächendeckend gefördert werden?

Der Sexualkundeunterricht in den Schulen sollte zeitgemäß, angemessen und altersadäquat über das Thema Sexualität aufklären. Dabei ist selbstverständlich, dass alle Formen der sexuellen und geschlechtlichen Identität Berücksichtigung finden und deutlich gemacht wird, dass es um die

Anerkennung der Individualität und Würde jedes einzelnen Menschen geht, dessen Schutz uns das Grundgesetz auferlegt. Zudem werden wir Schulen auch weiterhin ermutigen, Angebote von Schulaufklärungsprojekten für eine Jugendarbeit wahrzunehmen, die selbstbewusste Coming-Outs unterstützt.

Frage 7: Fachgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote für trans* und inter* Menschen aufbauen.

Wie wollen Sie Angebotsstrukturen initiieren und dafür sorgen, dass auch die Pflege und der Gesundheitsbereich sensibilisiert und das Thema in Aus- und Fortbildungen aufgenommen wird?

Für uns muss die Gesundheitsversorgung immer diskriminierungsfrei sein. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine angemessene Versorgung. Wir setzen uns daher auch dafür ein, dass bei Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen auf die besonderen Bedürfnisse von LSBTIQ eingegangen wird. Zudem wollen wir die Präventions- und Beratungsarbeit stärken, um in herausfordernden Situationen des Lebens bestmöglich unterstützen zu können.

Frage 8: Queere Geflüchtete schützen.

Wie wollen Sie die fachspezifischen Anlaufstellen für LSBTIQ*-Geflüchtete (Verfahrensberatung, psychosoziale Beratung) stärken, für den flächendeckenden Ausbau der Beratungsstrukturen sorgen und Geflüchtete in und um Unterkünfte vor Gewalt und Anfeindungen schützen?

Für uns Freie Demokraten ist das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar. Dazu gehört auch die politische Verfolgung aus religiösen Gründen oder aufgrund der sexuellen Identität. Besonders vulnerable Gruppen, wie Verfolgte aufgrund sexueller Identität, brauchen sichere Verfahren und eine sichere Unterbringung sowie im Fall sogenannter sicherer Herkunftsländer eine besondere Rechtsberatung, um Anträge form- und fristgerecht stellen zu können.